

[ver.di im Landtag beim](#)
[Haushaltsausschussvorsitzenden](#)
[Peter Winter](#)

Beim Landtagsabgeordneten Herrn Winter haben wir in kurzer Zeit viele Themen angesprochen, hier ein Ausschnitt:

Die - erfreulichen! - Neueinstellungen von ca. 1000 Anwärter/innen decken nur die Personalabgänge wegen Pensionierung ab. Die Lücke von ca. 2000 nicht besetzten Stellen ! - bleibt und geht auf Kosten der Gesundheit der völlig überlasteten Beschäftigten und zu lastender Bürgerfreundlichkeit (lange Bearbeitungszeiten), auch manchmal zulasten der Steuergerechtigkeit. Die Ausbildung erfolgt überwiegend nebenamtlich, durch Kolleg/innen aus den Finanzämtern, die dann dort fehlen bzw. vertreten werden müssen. Außerdem fehlt einigen Dozent/innen eine qualifizierte pädagogische und methodisch-didaktische Ausbildung. Es ist dringend, ausreichend Stellen für Dozent/innen zu schaffen! Die Wiederbesetzungssperren mit 3 Monaten müssen weg, die Ausstattung der Führungsebene ist völlig unzureichend, der Mangel an Jurist/innen in der Qualifizierungsebene 4 schlägt auf alle Ebenen durch. Die Beförderungstaus müssen durch Stellenmehrungen A9, A9-Z und A12, A13 entspannt werden.

Die Ausstattung mit Wohnungen ist gerade in Ballungsräumen (München, Nürnberg) völlig unzureichend. Auf 80.000 Beschäftigte beim Freistaat Bayern kommen 10.000 Staatsbedienstetenwohnungen. Zusätzlich sind Neubauten und die Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau nötig. Weil in das einige Jahre/Jahrzehnte dauert, ist für untere Lohn- und Gehaltsgruppen (bis Qualifizierungsebene 2/QE 2) eine spürbare Ballungsraumzulage erforderlich.

Die EDV Probleme schlagen in allen Bereichen – auch in der bundesweiten Zusammenarbeit – durch, mangels ausreichender finanzieller und personeller Ausstattung und der technischen Defizite, welche die Hard- und Software trotz der immensen Anschaffungs-/Unterhaltskosten und Bemühungen im IuK-Bereich immer noch aufweisen.

Vom Finanzamt München wird die Bewertungsstelle nach Höchstätt ausgelagert (Arbeitsplätze in die Region bringen...) und dafür neu gebaut. Es sollte keine Flüchtlingsunterkunft entstehen. Auf dem Baugrund steht noch ein marodes Gebäude, dass für schulische Weiterbildung vorgesehen ist. Dafür wird es aber offensichtlich nicht benötigt. Aus dem Finanzamt München will da niemand hin. Das heißt, in zwei, drei Jahren müssen neu ausgebildete

Finanzbeamte aus ganz Bayern mit 18-20 Jahren nach Höchstätt, der Neubau ist 3 km vom dortigen Finanzamt weg. Beschäftigte der QE2 wird sich in den Anfangsjahren kein Auto zum pendeln leisten können.

Der Abgeordnete Peter Winter musste zwar mehrmals zu Abstimmungen „verschwinden“, er ist aber ein sehr aufmerksamer und zugewandter Gesprächspartner!